

BENEDIKT XVI.

Der Papst korrigiert die ökonomische Vernunft

Papst Benedikt XVI. hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag nicht die Gottvergessenheit der modernen Gesellschaft beklagt, sondern seine internationale Verantwortung als Oberhaupt des Vatikanstaates betont und „Gedanken über die Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates“ vorgelegt, die auch die Wirtschaft betreffen: Wie kann ein Gesetzeswerk begründet werden, das wahrhaft dem Anspruch der Gerechtigkeit genügt? Eine rein positivistische Auffassung von Vernunft reiche nicht aus, führe zu einem engen, letztlich funktionalistischen Gebrauch des Verstandes. Ausgerechnet anhand der Entdeckung des Eigenwerts der Natur in den 70ern, der „Würde der Erde“, illustriert Benedikt, wie ein offenes Vernunftverständnis auch politisch wirksam werden kann.

Auf zweifache Weise spricht der Papst mit seinen Gedanken die Wirtschaft an: zum einen unmittelbar das Verhältnis von Recht und Wirtschaftsordnung. Denn auch für Letztere gilt, dass der Maßstab der Gerechtigkeit dem Erfolg nicht untergeordnet werden darf. Augustinus hätte sein vom Papst angeführtes Wort auch nach der Lehman-Pleite formulieren können: „Nimm das Recht weg – was ist ein Wirtschaftssystem dann noch anderes als eine große Räuberbande?“ Nach katholischer Auffassung hat die Wirtschaftsordnung die Aufgabe, die einzelnen Wirtschaftsakteure so weit wie möglich vor moralischen Dilemmata zu bewahren.

Zum anderen warnt der Papst davor, Vernunft positivistisch zu verengen. Denn auch die sogenannte „ökonomische Vernunft“ ist korrekturbedürftig. In einem marktradikalen Verständnis ist sie nämlich blind für soziale und ökologische Belange. Die ausschließliche Orientierung an Zahlungen kann für kein Unternehmen dauerhaft vernünftig sein. Noch immer wurde der Schrei der ökologischen Bewegung „nach frischer Luft“ in vielen ökonomischen „Betonbauten ohne Fenster“ nicht gehört. Hierin kann

Wolf-Gero Reichert (Bild) und Markus Demele



Wirtschaft darf nicht blind sein für soziale und ökologische Belange. Das Ziel von Unternehmen ist nicht allein die Gewinnmaximierung.

man ein massives Hinterfragen aller Konzepte sehen, die das Unternehmensziel auf Gewinnmaximierung reduzieren.

Letztlich führt Benedikt in seiner Bundestagsrede die letzte Sozialzyklika „Caritas in veritate“ aus dem Jahr 2009 fort. Ein angemessener Vernunftbegriff impliziert, dass Unternehmen nicht bloß als eine Summe von Zahlungsströmen, sondern in erster Linie als Netzwerke von Menschen zu begreifen sind. Die Würde dieser Menschen zu achten heißt, ihnen Mitsprache und idealerweise Einfluss auf Unternehmensentscheidungen einzuräumen. Auch Führungskräfte in Unternehmen müssen, ähnlich wie die von Benedikt angesprochenen Parlamentarier, ein „hörendes Herz“ haben, so wie es König Salomon von Gott erbat (1 Kön 3,9), um zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können.

Dementsprechend fordert er, dass der Einfluss von anonymen Fonds auf das Management begrenzt werden muss. Wahre Unternehmensverantwortung bedeutet vielmehr, dass alle Stakeholder, die zum Leben des Unternehmens beitragen, wie Kunden, Mitarbeiter, Zulieferer oder die politische Gemeinde, an den strategischen Entscheidungen beteiligt werden. Von daher sind systematisch Unternehmensformen wie Genossenschaften oder „social businesses“ zu för-

dern, die eng mit der Zivilgesellschaft verbunden sind.

Die wesentliche Absicht der Rede ist es, eine öffentliche Diskussion über Ethos und Recht anzustoßen. Freilich kann in einer modernen, pluralen Gesellschaft eine Verständigung über das Ethos, also die Gesamtheit der Vorstellungen gelingenden Lebens, nur in der Arena der politischen Öffentlichkeit gelingen. Mit Blick auf die Euro-Staaten geben derzeit allerdings massiv die Imperative der Finanzmärkte die Thematik und den Takt der öffentlichen Auseinandersetzung vor. Doch die Geschwindigkeit, mit der Finanzmarktakteure politische Entscheidungen einfordern, ist mit einem langwierigen gesellschaftlichen Verständigungsprozess kaum vereinbar: Wer schenkt zum Beispiel den Gruppen in Italien Gehör, die für eine andere Gestaltung der Sparprogramme eintreten, wenn die Ratingagenturen eine Herabstufung der Bonität androhen?

Erschwert wird dies zusätzlich dadurch, dass sich zwar eine europäische Gesellschaft in Grundzügen abzeichnet, sie aber noch längst keine politische Form gefunden hat. Eine solche Verständigung der europäischen Öffentlichkeit, der der Papst mit dem „kulturellen Erbe Europas“ eine gewisse Orientierung bietet, steht weitgehend aus und braucht vor allen Dingen Zeit. Letztere sollte eine gerechte Wirtschaftsordnung gewährleisten.

Der Aufruf des Papstes, mit dem Recht „Gerechtigkeit und Friede“ zu befördern, geht weit über eine Sonntagspredigt hinaus. Gerade angesichts des drohenden Verlustes des Primats der Politik ist es gut, daran erinnert zu werden, dass eine gerechte gesellschaftliche Ordnung nicht einer verengten ökonomischen Vernunft folgen darf. Ein Betongebäude braucht viele Fenster.

Die Autoren sind Dozenten am Oswald von Nell-Breuning Institut der Hochschule St. Georgen. Sie erreichen sie unter: gastautor@handelsblatt.com